

**De facto**

CHRISTIAN BAHA
Gastkommentar des
Superfund-Gründers

Leistung muss sich lohnen

Im Jänner 2021, am Höhepunkt der Gesundheitskrise, zählte Österreich 468.330 Arbeitslose; im August waren es immer noch 286.277, die kein echtes Erwerbsleben führten. Setzen wir die falschen Anreize? Lohnt sich Leistung hierzulande nicht mehr? Belohnen wir jene viel zu wenig, die tagtäglich tatsächlich Schwerarbeit verrichten, während es sich manch andere in der sozialen Hängematte gemütlich machen? Es wird wohl kein Zufall sein, dass in Österreich zuletzt 216 Dachdecker-Stellen ausgeschrieben waren, aber nur 74 Dachdecker überhaupt Arbeit suchten. Ähnlich verhält es sich bei Bauspenglern, Bautischlern und Schweißern.

De facto liegt der Fehler im System: Wer in Österreich den Job verliert, erhält 55 Prozent des Letztbezugs. Nach sechs Monaten bekommt er weiterhin 55 Prozent, nach 5 Jahren immer noch 51 Prozent. Andere Länder pflegen hier ganz andere Sitten: In Tschechien etwa sinkt der Zuschuss für Arbeitslose nach 6 Monaten von 65 auf 18 Prozent; nach 5 Jahren werden bloß noch 12 Prozent ausbezahlt. Auch Italien gönnt Langzeitarbeitslosen nach 5 Jahren nur mehr 14 Prozent des letzten Erwerbseinkommens, die USA sind noch radikaler und fahren den Aufwand schon nach sechs Monaten auf 8 Prozent zurück.

Der Sozialstaat kann auf Dauer nur funktionieren, wenn das System nachhaltig ist. Dafür braucht es Gerechtigkeit. Deshalb: Mehr Entlastungen für die Arbeitenden. Und Lohnerhöhungen, die deutlich über der hohen Inflation liegen.

Arbeitslos

Arbeitslosigkeit kann jeden immer und überall treffen. Es gibt in Österreich keinen Kündigungsschutz (außer geschützte Arbeitsplätze für Menschen mit Beeinträchtigung). Wenn man dann mit ca. nur der Hälfte des vorigen Gehalts auskommen muss, ist das schon sehr existenzbedrohlich.

Nun auch noch die Zuverdienste zu streichen treibt viele in den wirtschaftlichen und psychischen Ruin. Ebenso die komplette Streichung der Notstandshilfe nach einiger Zeit.

Minister Kocher, Sie sollten sich zum Ziel machen, den

Das freie Wort

BRIEFE AN DEN HERAUSGEBER

Die Leserbriefe der „Krone“ finden Sie online unter www.krone.at/dasfreiewort

Menschen zu helfen und nicht ihr Leid auch noch zu vergrößern. Dazu ein Zitat von Heinrich Franke: „Wir brauchen mehr Arbeitsplätze, nicht mehr Druckmittel gegen Arbeitslose.“

Hans Peter Strom, Oberwart



Foto: Wulf Scherbichler

Sicherheitsexperte Markus Schimpl erklärt Schülern, wie sie sich in bedrohlichen Situationen zu verhalten haben. Zum Beispiel soll ein Kind sich im Falle einer Verfolgung seiner Schultasche entledigen, um den Täter zum Stolpern zu bringen.

Den Angreifern keine Chance geben!

Ich finde es gut, dass man Kindern ihr Selbstbewusstsein durch altersgerechte Schulung stärkt. So junge Menschen brauchen sich weder kidnappen noch sonst einer Gefahr aussetzen zu lassen! Dagegen muss man zu ihrem Wohle was tun! Je früher, desto besser!

Pamela Pfennigbauer, St. Andrä

Arbeitspflicht für Migranten

Das EU-Mitgliedland Dänemark will den Druck auf Zuwanderer, Migranten und Asylberechtigte erhöhen. Jeder Migrant, der am staatlichen Tropf hängt, soll demnach zu 37 Wochenarbeitsstunden verpflichtet werden. Wenn sie/er keine reguläre bezahlte Tätigkeit vorweisen kann, wird sie/er zu allgemeinen Tätigkeiten verpflichtet, und wenn's das Aufsammeln von Tschickstummeln im Park ist. Bei Weigerung gibt's einfach keine staatlichen finanziellen Zuwendungen mehr!

Wohlgemerkt, dieses absolut nachahmenswerte Modell kommt aus einem mitteleuropäischen sozialdemokratisch regierten EU-Mitgliedsstaat! Umso leichter sollte und könnte diese Vorgehensweise doch auch bei uns in Österreich von unserer derzeitigen Regierung übernommen werden!

Karl Harmacek, Wien

Astreine Diskriminierung

Man kann es drehen und wenden, wie man will, die neuesten Schikanen für Ungeimpfte, vorbereitet zur baldigen Einführung, führen zu Diskriminierung in Reinkultur. Der Umstand, dass man im Geschäft unterscheiden kann, wer geimpft und wer ungeimpft ist, erinnert schwer an längst vergangen geglaubte Zeiten.

Auch denke ich, dass mit solchen Maßnahmen eine Art Impfpartei geschaffen wird, die die Gräben eher weiter öffnen denn schließen wird. Zudem ist äußerst fraglich, ob diese Machenschaften rechtlich gedeckt sind, hat man doch damals die südafrikanische Apartheid weltweit verdammt und sanktioniert.

Auch vermisse ich sehr viele Klagsdrohungen gegen diesen offensichtlichen Machtmissbrauch!

Harald Eitzinger sen., Auroolzmunster

Stigmatisierende FFP2-Maske?

Dass das Tragen einer FFP2-Maske stigmatisierend sein soll, ist nicht nachvollziehbar, es wird ja auch geimpften